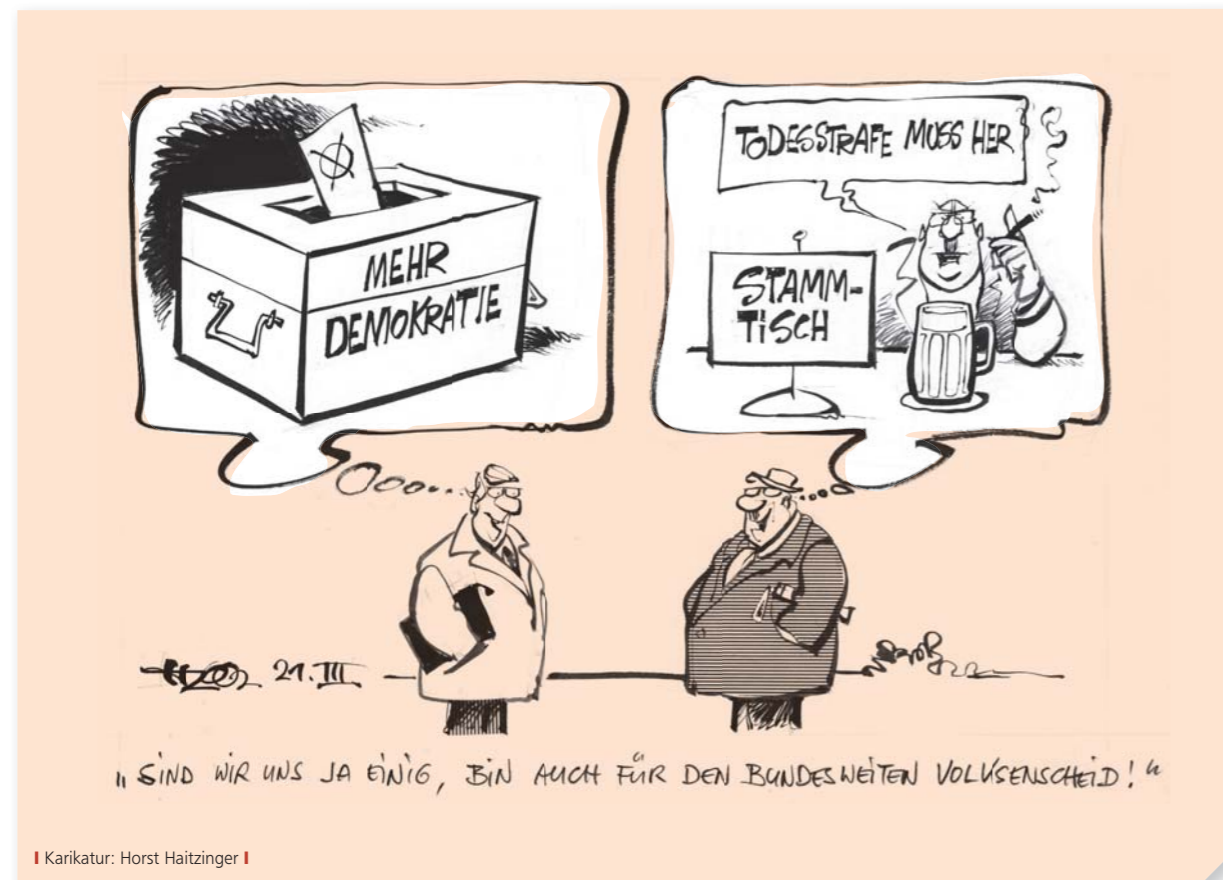


DAS DEMOKRATIEPRINZIP: MEHR DEMOKRATIE WAGEN?

In der Moderne sind Massendemokratien repräsentative Demokratien. Die Bürger treffen sich nicht auf der Agora und diskutieren jede notwendige Entscheidung miteinander. Dies tun die jeweiligen gewählten Repräsentanten. Um dem Volk aber auch zwischen den Wahlen mehr Möglichkeiten zu gewähren, sich an politischen Entscheidungen institutionalisiert zu beteiligen, wird seit geraumer Zeit darüber diskutiert, in Deutschland Volksentscheide auf Bundesebene einzuführen. In vielen anderen Demokratien ist das üblich. Allerdings gibt es auch Stimmen, die meinen, dies überfordere die Bürgerinnen und Bürger und würde Populisten Tür und Tor öffnen. Anhand des folgenden Kapitels können Sie sich mit dieser Kontroverse auseinandersetzen, sich die Prinzipien und zentralen Merkmale der Ausgestaltung der Demokratie nach dem Grundgesetz erarbeiten und sich schließlich mit den Positionen zur Frage von Volksentscheiden im Detail befassen.



ARBEITSVORSCHLAG

Analysieren Sie die Karikatur von Horst Haitzinger und fassen Sie die vom Zeichner dargestellte Kontroverse zusammen. Erläutern Sie anhand des Textes von Greven, inwiefern Volksentscheide zu „mehr Demokratie“ beitragen könnten. Führen Sie zu der Frage in der Klasse ein Stimmungsbarometer durch, welches Sie am Ende der Unterrichtsreihe wiederholen. Informieren Sie sich, ob und welche Volksentscheide oder –begehren in ihrem Bundesland oder ihrer Kommune in den letzten zwei bis drei Jahren durchgeführt worden sind. Diskutieren Sie, ob Sie diese als demokratischen Zugewinn bewerten würden oder dem populistische Tendenzen zugrunde lagen. Begründen Sie Ihre Einschätzung.

Dem Volk vertrauen

- 1 **Plädoyer** Das Volk redet gerne mit. 44 Volksbegehren gab es im vergangenen Jahr allein auf Landesebene, listet der Verein „Mehr Demokratie“ auf, so viele wie noch nie. Hinzu kommen Hunderte von Bürgerbegehren und -abstimmungen in den Gemeinden. Sie richten sich gegen die Ansiedlung von Gewerbeprojekten, treten für den Erhalt von Naturschutzgebieten ein oder für die Fusion von Sparkassen. (...) Alle diese Fällen belegen ein rege Bereitschaft der Bürger, sich selbst um Fragen ihres Gemeinwesens zu kümmern und die Entscheidungen nicht allein den gewählten Parlamenten zu überlassen – wenn man sie nur lässt. Lange und heftig wird jedes Mal über das Für und Wider öffentlich debattiert, weit mehr als über manchen Beschluss, der im Parlament fällt. Die oft bemängelte Politikverdrossenheit gilt also keineswegs generell. Sie entspringt vielmehr dem Verdruss darüber, wie politische Entscheidungen in Parteien und von Abgeordneten getroffen werden; nicht selten am Volk vorbei. Eine unmittelbare Beteiligung der Bürger am politischen Willensbildungsprozess ist zwar kein Allheilmittel, um die Kluft zwischen den Gewählten und dem Volk zu schließen. Aber sie kann dazu beitragen, dass sich die Bürger wieder stärker mit der Politik identifizieren und sie als ihre eigene Sache begreifen. Als das Grundgesetz vor 60 Jahren verabschiedet wurde, waren seine Mütter und Väter in diesem Punkt jedoch sehr zurückhaltend. Sie gedachten der unseligen Erfahrungen der NS-Zeit, die gezeigt hatte, wie leicht sich das Volk verführen ließ. Die Bürger sollten daher nur indirekt mitreden, indem sie wählen. Selbst über das Grundgesetz durften sie nicht abstimmen; das blieb bis heute einer endgültigen Verfassung vorbehalten. Doch nach sechs Jahrzehnten Erfahrung mit der Demokratie im Westen und 20 Jahren im Osten besteht keine Gefahr mehr, dass Volksabstimmungen von Populisten missbraucht werden. Die Parteien täten daher gut daran, die Anregung des

STICHWORT POPULISMUS

Mit „populistischer“ Politik wird versucht, die Gunst des Volkes zu gewinnen, indem für Unzufriedenheiten, Ängste und Probleme einfache, „volksnahe“ politische Lösungen angeboten werden. Diese sind in der Regel kaum realisierbar, wenig verantwortungsbewusst oder nachhaltig. Typisch ist dabei das Aufgreifen und die Instrumentalisierung gesellschaftlicher Emotionen für andere – hintergründige – politische Zwecke (z.B. eine rassistische, kulturalistische oder nationalistische Politik auf Seiten des Rechtspopulismus, oder einen dumpfen Antikapitalismus auf Seiten des Linkspopulismus). Als Beispiele für populistische politische Forderungen können die Einführung der Todesstrafe für Schwerverbrecher, die Abschaffung des Euro, die Ausweisung von Migranten, die Enteignung aller Banken, oder der sofortige Abzug aus ... gelten.

! Redaktion !

Bundespräsidenten (Horst Köhler) aufzugreifen und über Formen der direkten Demokratie auch auf Bundesebene zu diskutieren. Andere Länder haben damit gute Erfahrungen gemacht, ohne dass die parlamentarische Demokratie daran zugrunde gegangen wäre. Auch wenn die eine oder andere Volksentscheidung den Politikern dort sicher nicht schmeckt. Aber Skepsis ist (...) angebracht, ob die Abgeordneten (...) tatsächlich darangehen werden, eine Bürgerbeteiligung auch auf Bundesebene zuzulassen. Denn das hieße, ein Stück eigener Macht abzugeben.*

* Offiziell haben alle Parteien mit Ausnahme der CDU die Forderung nach einer direkten Bürgerbeteiligung auf Bundesebene in ihre Programme geschrieben. Auch die CSU ist mittlerweile für Volksentscheide auf Bundesebene – allerdings nur in Europafragen.

! Ludwig Greven, Dem Volk vertrauen; in: Zeit online vom 26.5.2009 (<http://www.zeit.de/online/2009/22/direkte-demokratie?page=all> – Zugriff v. 23.1.2010) !

Werbung für Volksentscheide auf Bundesebene: Mit einem riesigen „aufblasbaren Grundgesetz“ demonstriert der Verein „Mehr Demokratie e.V.“ im Juli 2009 vor dem Reichstagsgebäude in Berlin.

